

Protokoll

der nichtöffentlichen Landtagssitzung vom 13. Dez. 1945.

Beginn vormittags 9 Uhr

Regierungsvertreter: Reg.Chef Frick

Anwesend alle Mitglieder.

Das Protokoll der letzten 2 Sitzungen wird verlesen und hiezu bemerkt Abg. Sele, dass seine seinerzeitigen Ausführungen mit dem Protokoll nicht ganz übereinstimmen und dass er seinen seinerzeitigen Antrag damit begründet habe, dass wenn die Jagd begehrt sei, die meisten Pächter einen Drittel mehr bezahlen würde. Wenn die Jagd nicht mehr so begehrt sei, würden diese Pächter auch nicht mehr einen Drittel mehr bezahlen.

Des weiteren präzisiert Abg. Schädler, dass es sich schlecht auswirken würde, wenn die Jagd alle 8 Jahre versteigert würde, da manche Pächter gegen Ende der Pachtperiode Raubbau am Wilde betreiben könnten.

Hierauf wurde das Protokoll genehmigt.

Abg. Schädler stellt den Antrag, dass für ihn als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für die Untersuchung des Falles Postmuseum ein anderes Mitglied bestimmt werden möge, da er mit dem Herrn Alt-Regierungschef Dr. Hoop verschwägert sei. Als Ersatzmitglied für die Untersuchung des Falles Postmuseum wird Abg. Elkuch bestimmt.

Errichtung einer Sendestation.

Hierauf referierte Reg.Chef Frick in längeren Ausführungen über die Angelegenheit der Wiedererrichtung einer Sendestation in Liechtenstein. Er hätten sich bisher eine amerikanische, englische, französische und in letzter Zeit auch eine schweizerische Gesellschaft deswegen bemüht. Die Frage sei äusserst sorgsam zu prüfen und man müsse sich von dem Grundsatz "Sicherheit voran" leiten lassen. Er macht dem Landtag den Vorschlag eine Kommission zum Studium dieser Frage zu bestimmen. Als Kommissionsmitglieder würde er den Präsidenten und Vicepräsidenten des Landtages vorschlagen. Weiters empfiehlt er die Frage möglichst bald zu lösen.

Abg. H. Brumhart bemerkt dass man ... ser Frage

111

nicht zu stark drängen soll, sondern man solle das Problem eingehend studieren.

Abg. Dr. Ritter fragt an, ob es vorgängig der Aufnahme der Arbeiten durch die vorgeschlagene Kommission nicht möglich wäre, die Frage grundsätzlich mit der PTT-Verwaltung abzuklären.

Reg.Chef Frick führt aus, dass wir allein mit der PTT-Verwaltung nur schwer fertig werden, da die PTT-Verwaltung die Errichtung eines Reklamesenders- denn hierzu sollte er benützt werden - rundweg ablehne, und sich auf den Standpunkt stelle, dass im Art. 2 des Postvertrages eine all-fällige Sendestation eingeschlossen sei und sie das letzte Wort zu geben haben.

Abg. H. Brunhart bemerkt, dass nach seiner Ansicht die Frage zu prüfen wäre, welche Interessengruppe in Frage käme.

Hierauf wurden mit 13 Stimmen Herr Präsident Strub und Herrn Vicepräsident Dr. Ritter als Kommissionsmitglieder zum Studium dieser Frage gewählt.

Subventionsgesuch für einen Traktor des Johann Marxer Mauren 105

Hierauf wurde ein Subventionsgesuch eines landw. Traktors des Johann Marxer Mauren 105 verlesen und gemäss Antrag der Finanzkommission abgelehnt, mit der Begründung, dass der Bedarf an landw. Traktoren gedeckt ist und mit Beschluss vom 23. 10. 1945 die Subventionierung der landw. Traktoren eingestellt wurde. Das Gesuch wurde folglich zu spät eingereicht.

Postmuseum:

Abg. Schädler referierte sodann über die bisherige Tätigkeit der Geschäftsprüfungskommission in der Angelegenheit Postmuseum und wies darauf hin, dass lt. Statuten des Postmuseums ausser den beiden Kuratoren niemand ins Postmuseum dürfe und dass, wenn die Geschäftsprüfungskommission sich ins Postmuseum begeben, Kurator Sieger die Verantwortung ablehnen könnte. Es sollte daher zuerst der Vertrag mit Konsul Sieger gelöst werden. Weiters machte er den Vorschlag, dass jemand nach Lorch geschickt werden sollte, um sich mit Sieger in Verbindung zu setzen und um die Buchhaltung und die

übrigen Markenbestände herzubringen.

Abg. Hoop fragt an, ob zur Aufnahme des Markenbestandes nicht ein Vertreter des Consuls Sieger beigezogen werden soll.

Abg. H. Brunhart stellt den Zusatzantrag, dass Sieger innert befristeter Zeit die Gelegenheit gegeben werden sollte, selber einen Vertreter namhaft zu machen, andernfalls die Regierung einen Vertreter namhaft machen soll.

Es wird sodann festgestellt, dass die Geschäftsprüfungskommission unbedingt für eine Kontrolle zuständig ist.

Weiters bemerkt Abg. Schädler dass ein möbiliertes Zimmer sich im Postmuseum befinde, dessen Möbel scheinbar Herrn Sieger geschenkt worden sein sollen, dass die Geschäftsprüfungskommission aber derzeit diesbezügl. Erhebungen pflege. Er beantragt weiter, dass Pfarrer Frommelt für die Erhebungen beigezogen werde.

Abg. H. Brunhart weist darauf hin, dass dies nicht richtig wäre.

Abg. Schädler macht hierauf den Vorschlag, dass für diese Untersuchungen um einen Vertreter der PTT-Verwaltung, Sektion Wertzeichen, gebeten werden soll, damit die Arbeiten schneller vor sich gehen.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen und der Präsident kommt auf die Tagesordnung der öffentlichen Landtagssitzung zu sprechen.

Wahl des Landesschulrates:

Für den Landesschulrat sei von Seiten der Hochw. Geistlichkeit, Hochw. Herr Pfarrer Wachter Mauren, von Seiten der Lehrerschaft Herr Oberlehrer Hoop in Vorschlag gebracht worden. Für die frei zu wählenden Mitglieder schlägt Abg. Dr. Ritter die Herren Dr. Vogt und Agent Seeger in Schaan vor.

Der Präsident wandte hierauf ein, dass laut Schulgesetz von den frei zu wählenden Mitgliedern je eines Wohnsitz im Oberland und je eines Wohnsitz im Unterland haben ~~wohnen~~ muss.

Damit ein neuer Vorschlag in der Fraktion der Union besprochen werden kann, wird die Wahl des Landesschulrates auf den Nachmittag verschoben.

Wahl eines Ersatzmitgliedes für die Landessteuerkommission:

113

Für die Landessteuerkommission wurde als Ersatzmitglied anstelle des jetzigen Regierungssekretärs Josef Büchel Herr Dr. E. Seeger in Schaan von Seiten der Union vorgeschlagen.

Wahlämter

Ersatzwahl für die zurückgetretenen Mitglieder in den Gesundheitskommissionen:

Als Ersatz für die zurückgetretenen Mitgliedern der Gemeindegesundheitskommissionen wurden die Herren Johann Kaiser in Vaduz und Heeb Erwin in Bendern vorgeschlagen.

Wahl der Gerichte:

Bei den Vorschlägen für die Wahl der Gerichte bemerkte der Präsident, dass gemäss einem Beschluss der Delegiertenversammlung die Bürgerpartei einen zweiten Richtersitz im Kriminalgericht beanspruche.

Abg. Dr. Ritter macht geltend, dass die Bürgerpartei und die Union paritätisch im Kriminalgericht vertreten sei

Präsident Strub antwortet, dass in diesem Fall ein Berufsrichter als Parteimann angesehen werden, was er aber für ~~schwierig~~ gefährlich halte.

Abg. Dr. Ritter führt aus, dass die Union unter keinen Umständen auf die bisher innegehabten Sitze im Kriminalgericht verzichten könne und zwar im Hinblick auf das Wahlergebnis bei den letzten Landtagswahlen und auf die Vereinbarung vom Jahre 1938. Sie könne die ohnehin schon verhältnismässig schwache Position der Union nicht noch weiter schwächen lassen.

Ab. Hoop bemerkt, dass die seinerzeitigen Vereinbarungen vom Jahre 1938 nur unter einem sehr starken Drucke getroffen wurden. Der seinerzeitige Druck sei nun weg. Betreffend der Stimmzahl könne nicht auf die Landtagswahl abgestellt werden, sondern auf die Gemeindewahlen vor 4 Jahren, in welcher z.B. in Ruggell nur ca. 18 Stimmen für die Union abgegeben wurden, während die übrigen - mit Ausnahme der Bürgerlichen - leer abgegeben haben. So sei es auch in manchen anderen Gemeinden gewesen.

Abg. Kindle bemerkt, dass auch auf Seiten der Bürgerpartei einige Nazis gebe.

Abg. H. Brunhart bemerkt, dass die Gemeindewahlen nicht mit den Landtagswahlen zu vergleichen seien.

Im Verlaufe der weiteren Diskussion bemerkt Abg. Dr. Ritter, dass der Standpunkt der Union klar und die Sache auch begründet sei. Sie seien gehalten an dieser Mindestposition festzuhalten.

Abg. Hoop bemerkt, dass bei den seinerzeitigen Abmachungen seitens der Bürgerpartei verschiedene Parteimänner von der Bildfläche verschwinden mussten, z.B. Alt-Regierungsrat Peter Büchel.

Abg. Dr. Ritter antwortet, dass dazumal die Bürgerpartei nicht zu kurz gekommen sei, da ja dazumal Pfarrer Frommelt als ständig amtierender Regierungsrat akzeptiert worden sei.

Abg. H. Brunhart erklärt, dass wenn die Fraktion der Bürgerpartei ihren Standpunkt bezüglich der Besetzung des Kriminalgerichtes nicht ändern, so würde die Fraktion der Union nachmittags zur Sitzung nicht mehr erscheinen.

Abg. Dr. Ritter bemerkt, dass für die Landesgrundverkehrskommission anstelle des Herrn Dr. Vogt ein neues Regierungsmitglied gewählt werden sollte.

Der Präsident wirft die Frage auf, ob im nächsten Jahre nicht die ganze Landesgrundverkehrskommission zu wählen ist.

Abg. H. Brunhart regt an, auch für die Studienkommission des Saminawerkes ein Regierungsmitglied zu wählen.

Bezüglich der Studienkommission bemerkt der Regierungschef, dass diese Kommission vor dem Abschluss ihrer Arbeiten stehe, und dass nur noch die Schlussitzung stattfinden müsse. Es habe nun keinen Sinn noch neue Mitglieder zu wählen.

Fortsetzung der Konferenzzimmerbesprechung nachm. $\frac{1}{2}$ 4 Uhr.

Präsident Strub erklärt, dass die Fraktion der Bürgerpartei aus höheren Staatsinteressen den Wünschen der Union entgegenkommen werden und ihrerseits auf das beanspruchte Mandat im Kriminalgericht verzichten werde. Nach Bereinigung der Wahlliste für die Gerichte wird die Konferenzzimmersitzung geschlossen.

Schluss der nichtöffentlichen Sitzung 5 Uhr.